

Anfrage Frey-Ruckli Melissa und Mit. über das elektronische Monitoring zur Verhinderung von Femiziden

eröffnet am 20. Oktober 2025

Die Hälfte aller Femizide passiert während oder nach einer Trennung. Das Profil der Täter unterscheidet sich zwar, was sie eint, ist ihr Geschlecht: 89,9 Prozent der Tötungsdelikte innerhalb einer Partnerschaft verübt ein Mann, Opfer sind in 86,8 Prozent der Fälle Frauen.

Wie den Medien am 23. August 2025 zu entnehmen war, wird ein Drittel aller Partnertötungen während der Trennung verübt, in etwa 20 Prozent der Fälle tötet der Mann nach dem Ende einer Beziehung. Eine Trennung ist damit ein sehr heikler Zeitpunkt für die Frau. Das Risiko einer Gewalttat ist dann extrem hoch.

Es reicht der Blick nach Spanien, um zu belegen, dass ein umfassendes Programm zum Schutz vor häuslicher Gewalt wirkt. Zwar verzeichnet das Land ähnlich viele Femizide wie die Schweiz, es hat aber fünf Mal mehr Einwohner. Spanien hat das Programm «Cometa» etabliert, welches Gewalttäter sehr engmaschig elektronisch überwacht. Das System schlägt Alarm, sobald der Gefährder die gerichtlich verfügte Distanz zur bedrohten Frau unterschreitet. Nebst den involvierten Personen wird auch die Polizei sofort informiert – und notfalls aufgeboten. Auch Zürich testet das elektronische Monitoring. Inwiefern solche Massnahmen schweizweit ausgerollt werden, liegt in der Hand der Kantone.

Vor diesem Hintergrund wird der Regierungsrat gebeten, die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Was unternimmt der Kanton Luzern zurzeit, um Femizide zu verhindern?
2. Wie steht der Regierungsrat zur Etablierung eines Programms analog dem Programm «Cometa»?
3. Kann er sich die Etablierung eines eigenen Programms vorstellen?
 - a. Wie schätzt er die Kosten für den Aufbau eines solchen Programms ein?
 - b. Welche personellen Ressourcen benötigt ein solches Programm «im Betrieb»?
4. Kann er sich eine Zusammenarbeit mit einem, mehreren oder allen Kantonen (z. B. mit Zürich und/oder der gesamten Innerschweiz) vorstellen?
 - a. Welche Synergien wären praxistauglich und realistisch?
 - b. Welche Aufbau- und Personalressourcen könnten durch eine interkantonale Zusammenarbeit eingespart werden?
 - c. Beurteilt der Regierungsrat die bestehenden rechtlichen Grundlagen für eine überkantonale Zusammenarbeit als genügend (Stichwort «Datenschutz»)?
 - d. Auf welchem politischen Weg könnte eine solchen Zusammenarbeit initiiert und umgesetzt werden?

Frey-Ruckli Melissa

Käch Tobias, Zehnder Ferdinand, Meister Christian, Jung Gerda, Küttel Beatrix, Kurmann Michael, Piani Carlo, Schnider-Schnider Gabriela, Affentranger David, Keller-Bucher Agnes, Boog Luca, Brunner-Zürcher Rosmarie, Graber Eliane, Affentranger-Aregger Helen, Schärli Stephan, Krummenacher-Feer Marlis, Rüttimann Daniel, Piazza Daniel, Marti Urs, Nussbaum Adrian, Stadelmann Karin Andrea, Jost-Schmidiger Manuela, Albrecht Michèle, Arnold Sarah, Broch Roland, Oehen Thomas, Koller-Felder Nadine